

## **Politiker fordern faire Entlohnung für Werkstatt-Beschäftigte in Amberg**

Politiker diskutieren in Amberg über bessere Entlohnung für Menschen mit Behinderung und fordern eine Reform des Entgeltsystems.

**Amberg. Die unzureichende Bezahlung von Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten tätig sind, steht derzeit im Fokus von politischen und gesellschaftlichen Diskussionen. Die Jura-Werkstätten Amberg-Sulzbach haben prominente Politiker aus verschiedenen Parteien zu einem Gespräch eingeladen, um die Notwendigkeit einer fairen Entlohnung zu erörtern.**

### **Politischer Dialog zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen**

In einem kürzlich stattgefundenen Treffen mit der Wahlkreisabgeordneten Susanne Hierl (CSU), dem Bundestagsabgeordneten Nils Gründer (FDP) und Landtagsabgeordneten Bernd Heinisch (FW) forderte Werkstatttratsvorsitzender Joachim Gradl eine Nachbesserung des Gesetzentwurfs zum Entgeltsystem in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Gradl und seine Kollegen brachten ihre konkreten Erwartungen deutlich zum Ausdruck: eine gerechte Vergütung für die Beschäftigten und eine wertschätzende Anerkennung ihrer Arbeit.

### **Dringliche Gesetzesänderungen für bessere Lebenssituation**

Der Hintergrund dieser Diskussion ist alarmierend. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bezogen im Jahr 2019 nahezu alle Werkstatt-Beschäftigten weniger als 325 Euro monatlich, was die meisten dazu zwingt, auf Grundsicherung zurückzugreifen. Diese Abhängigkeit von Sozialleistungen belastet viele Betroffene nicht nur finanziell, sondern auch psychisch, da sie sich regelmäßig als „Bittsteller“ bei den Ämtern präsentieren müssen.

## **Der Weg zur Inklusion - Herausforderungen im Wechsel zum allgemeinen Arbeitsmarkt**

Die Referentin der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträte Bayern, Juliana Weber, betonte, dass viele Menschen mit Behinderungen durch die Systematik der niedrigen Löhne eher zurückgehalten werden, anstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert zu werden. Um die Inklusion voranzubringen, sei es notwendig, dass die Rahmenbedingungen in den Unternehmen grundlegende Verbesserungen erfahren. Der Geschäftsführer der Jura-Werkstätten, Bernhard Albrecht, ergänzte, dass die Unterstützung durch pädagogisches Personal essentiell sei, um den Übergang in reguläre Arbeitsverhältnisse zu erleichtern.

## **Zusammenarbeit zwischen Politik und Werkstätten**

Die Politiker zeigten sich offen für die Anliegen der Werkstatt-Beschäftigten und signalisierten, dass sie die Forderungen an relevanten Stellen vorbringen wollen. Nils Gründer versprach, dass die Etablierung eines fairen Entgeltsystems ein zentrales Thema in zukünftigen Beratungen im Bundestag sein werde.

## **Gemeinsame Hoffnung auf positive Veränderungen**

Abschließend dankte Joachim Gradl den anwesenden Politikern für ihr Interesse und die Bereitschaft, zuzuhören. Die Werkstattträten sehen in der politischen Unterstützung einen Weg, die Bedürfnisse und Herausforderungen der Werkstatt-Beschäftigten auf eine breitere Agenda zu setzen und hoffen auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation durch angemessene Entlohnung und Wertschätzung ihrer Arbeit.

– **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**